



Lokale Agenda 21
Düsseldorf
Fachforum II
Lebensraum Stadt

Lokale Agenda - Hintergrund

Die **Agenda 21** („was für das 21. Jahrhundert zu tun ist“) ist ein Leitpapier und ein Aktionsprogramm der UNO mit Grundsätzen für eine zukunftsfähige Entwicklung in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Sie wurde von 172 **Staaten** auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 beschlossen. Die Agenda 21 fordert dazu auf, die globalen Probleme durch einen Wandel in unserem Lebensstil und in unseren Verhaltensweisen zu lösen. Gemäß Kapitel 28 sind viele der globalen Probleme am besten auf der örtlichen Ebene anzugehen. Unter dem Motto „Global denken – lokal handeln!“ wurde deshalb jede **Kommune** der Unterzeichnerländer aufgerufen, eine eigene **Lokale Agenda 21** zu erarbeiten.

1994 wurde auf der „Ersten Europäischen Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden“ in **Aalborg** eine **Charta** zur weiteren Umsetzung der Lokalen Agenda 21 beschlossen. („*Charta*“ = *Satzung oder Selbstverpflichtung*). Sie wurde zunächst von 80 Gemeinden und Städten sowie 253 Vertretern internationaler Organisationen, nationaler Regierungen, wissenschaftlicher Institute, Berater und Einzelpersonen unterzeichnet.

Inhaltlich gliedert sich die Charta von Aalborg in drei Teile: In Teil 1 stellen die Unterzeichner ihre Ideen einer zukunftsbeständigen Entwicklung vor. In 14 Kapiteln werden grundsätzliche und zum Teil konkrete Kriterien einer nachhaltigen Stadt genannt. Teil 2 beinhaltet einen Aufruf an andere Gemeinden, der Kampagne beizutreten. In Teil 3 werden die lokalen Entscheidungsträger aufgerufen, kommunale Handlungsprogramme zu erarbeiten, einschließlich Leitbild, Ziel und Kontrollverfahren.

Die Erklärung beinhaltet Einsichten und Empfehlungen, keine Handlungsanweisungen. („Wir ...europäischen Städte ... erkennen an / verstehen / wissen / erklären / sind überzeugt / schlagen vor / bemühen uns...“) Es gibt kein eigenes Gesetz, nach denen Agenda-Richtlinien einzufordern wären!

Am 27.06.1996 beschloss der Rat der **Stadt Düsseldorf** (Mehrheit SPD/Bündnis 19/Die Grünen), die Charta von Aalborg zu unterzeichnen.

Die Verwaltung bekam den Auftrag, „eine LA als Handlungsrahmen für eine umweltgerechte Stadtentwicklung zu erarbeiten“. Eine Projektgruppe aus Verwaltung und Politik unter der Leitung von Umweltdezernent Dr.Friege erarbeitete zu diesem Zweck eine Vorlage. Sie wurde „mit der Düsseldorfer Bevölkerung und deren Interessengruppen (u.a. Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Verbraucherorganisationen, Umweltverbänden)“ diskutiert.

„Die Ergebnisse ... sowie die entsprechenden Schritte zur Umsetzung der gesetzten Ziele“ wurde Ende 1996 vom Rat beschlossen. Mit Ziel und Umsetzung ist die Einrichtung einer LA als Organisationsform gemeint, mit den Gremien Lenkungskreis, Beirat und Bürgerforen (den späteren Fachforen). Die ersten 10 Projekte wurden vom Rat am 28.1.1999 beschlossen.

Nach 1994 wurde die Charta weiterentwickelt; es gab Folgekonferenzen. 2000 waren über 1.650 lokale und regionale öffentliche Körperschaften (Länder, Städte und Gemeinden) in 39 europäischen Staaten Mitglieder der Kampagne. 2004, auf der Konferenz **Aalborg+10**, verabschiedeten die beteiligten Kommunalbehörden die Aalborg **Commitments** (= *Verpflichtungen*), eine Art Zehn Gebote mit jeweils fünf Unterpunkten zur nachhaltigen Entwicklung. Die Verpflichtungen sind knapp und relativ konkret formuliert und sollen von der Charta zum Handeln führen.

An diesem weiteren Agenda-Prozess mit Konferenzen wie Aalborg+10 nahm Düsseldorf nicht mehr teil.

(Lika Weingarten)